

# **ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE NIEDERSACHSENS**

c/o: Niedersächsischer Städtetag  
Prinzenstraße 23 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30  
Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: [post@nst.de](mailto:post@nst.de)

---

## **Presseinformation**

### ***Kommunale Spitzenverbände: Alle Elemente des Zukunftsvertrages mit Leben füllen***

Der Niedersächsische Städtetag, der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund und der Niedersächsische Landkreistag haben heute in einer schriftlichen Vereinbarung mit der Landesregierung den sogenannten Zukunftsvertrag vom 17. Dezember 2009 (Gemeinsame Erklärung zur Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Kommunen) bekräftigt und verlängert.

Mit dem Zukunftsvertrag war vor rund eineinhalb Jahren ein Paket von Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen vereinbart worden. Über die unter Ziffer 1 des Vertrages vereinbarte Übertragung von Landesaufgaben auf die Kommunen wird derzeit intensiv in der Lenkungsgruppe auf Staatssekretärebene beraten. Als erstes konkretes Ergebnis wurden Mechanismen für eine bessere Abstimmung der Förderpolitik zwischen der Landesregierung und Kommunen vereinbart. Kurzfristig war nun über die Verlängerung der Frist zu entscheiden, bis zu der stark mit Liquiditätskrediten verschuldeten Kommunen eine Entschuldungshilfe beantragen können. Andernfalls wäre diese gesetzlich verankerte Frist zum 31. Oktober 2011 abgelaufen; sie soll nun bis zum 31. März 2013 verlängert werden. Die Finanzierung dieser Entschuldungshilfen wird hälftig vom Land und von den Kommunen getragen.

Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter und Präsident des Niedersächsischen Städtetages, erklärte federführend für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände: „Die niedersächsischen Kommunen begrüßen die heutige Vertragsunterzeichnung als ein klares Bekenntnis der Landesregierung zu den im Zukunftsvertrag gemeinsam verabredeten Maßnahmen. Wir vertrauen darauf, dass die Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident McAllister auch die übrigen verabredeten Initiativen, allen voran die Übertragung weiterer Aufgaben auf die Kommunen und eine ressortübergreifende Strukturpolitik der Landesregierung, bis zum Ende dieses Jahres einvernehmlich und verbindlich mit uns abstimmt.“

Hannover, den 18. Juli 2011

*Ansprechpartner: Christian A. Geiger, Tel: 0511 / 368 94-16, Mobil: 0172/53975-16*

Diese Meldung finden Sie auch zum Download auf [www.nst.de](http://www.nst.de)